

Willy Brandt, Draussen: Auszug über die Schaffung einer mitteleuropäischen Föderation

Legende: In seinem Buch Draußen, einer Sammlung von Schriften, die Willy Brandt während seines Exils in Norwegen und Schweden verfasste, befürwortet dieser die Gründung einer Föderation zur Gestaltung der künftigen Beziehungen zwischen Deutschland und den Völkern Osteuropas.

Quelle: BRANDT, Willy. Draussen, Schriften während der Emigration. Herausgegeben von Günther Struve. München: Kindler, 1966.

Urheberrecht: Willy Brandt

URL:

http://www.cvce.eu/obj/willy_brandt_draussen_auszug_uber_die_schaffung_einer_mitteleuropaischen_foderation-de-e3ff17f8-ad90-4cdb-bdaa-f5683c9ee48a.html

Publication date: 20/07/2012

Willy Brandt, Draussen

[...]

Alle Projekte zur Verbesserung des Verhältnisses zwischen den osteuropäischen Ländern rühren jedoch nicht an die wichtige Frage der zukünftigen Ordnung zwischen Deutschland und seinen Nachbarn im Osten. Viele Argumente sprechen für einen föderativen Zusammenschluß zwischen Deutschland und diesen Ländern. Diese ganze mittel- und osteuropäische Gruppe hat starke gemeinsame wirtschaftliche Interessen... Die Bedingungen für den Handel würden wesentlich verbessert werden, wenn man Deutschland und die osteuropäischen Länder, von denen hier die Rede ist, in eine gemeinsame föderative Organisation einfügen könnte. Die Lösung der Minderheitenfrage würde dann auch viel leichter werden. Bei gemeinsamen nationalen Grundrechten für das Gebiet der gesamten Föderation würde für einzelne Länder kein Grund gegeben sein, »ihre« Minderheit auf der anderen Seite der Grenze zu gebrauchen und zu mißbrauchen.

Der Nationalsozialismus hat vorzurücken versucht, indem er die Freiheit und Selbständigkeit der Nachbarländer mit Füßen trat. Eine demokratische Föderation in Mitteleuropa kann nur zustande kommen, wenn sie nicht durch ein imperialistisches Deutschland bevormundet wird. Die slawischen Völker werden niemals freiwillig eine föderative Ordnung akzeptieren, solange sie fürchten müssen, Ausbeutungsobjekte des deutschen Imperialismus zu werden.

...Heute ist das Wirtschaftsleben Europas aufgespalten durch Zollmauern, Einfuhrverbote, Handelskriege und Kriegsökonomie. Die Zersplitterung und der Wirtschaftskrieg haben die Entwicklung zum Wohlstand aufgehalten, die der modernen Technik und Wissenschaft entsprechen würde. Einheit auf dem wirtschaftlichen Gebiet könnte für die gesamte produktive Tätigkeit und für den Ertrag der menschlichen Arbeit ein gewaltiges Wachstum erbringen. Auch die Minderheitenfrage würde in ein anderes Fahrwasser kommen.

...Der Plan einer mitteleuropäischen föderativen Ordnung wurde unter anderem in einer Broschüre behandelt, die im Sommer 1939 gemeinsam von führenden deutschen und österreichischen Sozialisten herausgegeben wurde (Der kommende Weltkrieg). Die Verfasser dieser Broschüre gehen davon aus, daß eine etwaige Erhebung gegen den Nazismus als eine demokratische Umwälzung würde beginnen müssen... Das Verhältnis des neuen Deutschland zu den Nachbarvölkern müßte durch zwei Hauptgesichtspunkte bestimmt sein: 1. Liquidierung des deutschen Imperialismus und Einräumung des Selbstbestimmungsrechts für alle unterdrückten Nationen, 2. Verteidigung von Deutschland selbst, Selbstbestimmungsrecht auch für das deutsche Volk.

[...]

...So wie die Volksgruppen durcheinandergewürfelt sind, besonders in Mitteleuropa, ist es unmöglich, ganz gerechte Grenzen zu ziehen. Die Minderheitenfrage läßt sich auch nicht abschaffen. Wenn man die jetzigen Grenzen noch so sehr ändert, es werden immer beachtliche Minderheiten auf der anderen Seite der Grenze wohnen bleiben. Die Frage ist dann, wie man die Rechte der Minoritäten schützen kann.

Die Diktaturen setzen sich für Zwangsumsiedlung ein. Die Südtiroler haben auf dem Boden nichts zu sagen, den ihre Vorfahren jahrhundertlang bestellt hatten. Die Deutschen in den baltischen Ländern wurden »heim ins Reich« kommandiert. Millionen von Polen werden zwangsumgesiedelt. Diese Zwangsumsiedlung ist nicht durch Rücksicht auf die betreffende Volksgruppe bestimmt, sondern durch machtpolitische Interessen und Absprachen zwischen den Großmächten. Dies ist keine demokratische und gerechte Lösung.

...Die Angehörigen einer nationalen Minderheit dürfen nicht aus diesem Grund als minderwertige Mitglieder der Gesellschaft behandelt werden. Sie müssen die gleichen staatsbürgerlichen Rechte haben, und auf ihre kulturellen Bedürfnisse muß Rücksicht genommen werden.

...Am natürlichsten ergäbe sich die Lösung dieser Probleme innerhalb einer europäischen Föderation. Das Grundgesetz der Vereinigten Staaten von Europa könnte allen Bürgern — unabhängig von Sprache, Rasse

oder Glaubensbekenntnis — gemeinsame Grundrechte geben. Für das ganze Gebiet der Vereinigten Staaten könnten gemeinsame Organe für die nationalen und kulturellen Bedürfnisse der verschiedenen Völkerschaften geschaffen werden. Eine föderative Ordnung in Mitteleuropa würde diese Aufgabe weitgehend lösen können, auch wenn sich die umfassendere Föderation für ganz Europa noch nicht verwirklichen ließe.

...Nur eine solidarische europäische Lösung kann den alten Gegensatz aufheben zwischen den nationalen Sicherheitsinteressen eines Landes und dem Fortgang der ökonomischen, sozialen und kulturellen Entwicklung in ganz Europa... Die Anpassung der nationalen Souveränität an die gemeinsamen europäischen Interessen braucht keine Gefahr für die Freiheit und Selbständigkeit der einzelnen Nationen zu bedeuten. Die Forderung nach europäischer Einheit schließt ein, daß man über die primitive Auffassung hinausgelangt, als ob man die eigene Sicherheit nur im Kampf gegen andere behaupten könne. Die viel solidere Sicherheit ist die zwischen den Völkern, die auf Lebensrecht und Lebensinteressen aller Nationen Rücksicht nimmt.

Drei Hauptfragen verdienen besonders beachtet zu werden, wenn es um die Diskussion geht, die bisher über die wirtschaftliche Seite einer europäischen Föderation geführt worden ist. Erstens sind sich viele darüber im klaren, daß ohne gleichzeitige Lösung der ökonomischen Probleme kein dauerhafter Friede möglich ist.

Zweitens wird erkannt, daß die Kriegswirtschaft als Notmaßnahme ihren Nutzen haben mag. (Aber die Menschen empfinden, was erforderlich wäre: Planwirtschaft im Frieden, Planung des Wirtschaftslebens der einzelnen Staaten und des wirtschaftlichen Zusammenhangs zwischen den Völkern.)

Wenn man eine wirtschaftliche »Abrüstung« erzielen will, dann müssen größere wirtschaftliche Einheiten geschaffen werden, als sie die jetzigen Nationalstaaten darstellen. Diese Entwicklung kann sich schrittweise mit dem Blick auf eine europäische und später eine weltumspannende wirtschaftliche Union vollziehen. Drittens tritt immer deutlicher hervor, daß der Streit um die *Menschen* geht und die staatlichen und wirtschaftlichen Einrichtungen der Menschen wegen da sind — nicht umgekehrt. Diese Erkenntnis sollte dafür sprechen, den kommenden Frieden mit einer wirtschaftlichen Ordnung zu verbinden, die den Lebensinteressen der Völker wirklich Rechnung trägt.

[...]